

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

### **Gute Finanzausstattung unserer Stadt**

Was passiert, wenn ein Haushalt mit heißer Nadel gestrickt wird, haben wir vor einem Jahr erlebt. Völlig unüberlegt hat da die Mehrheit der anwesenden Gemeinderäte nicht nur rechte und linke Maschen, sondern auch viel zu viele Laufmaschen produziert. Im Laufe des Jahres sind daraus viele verhängnisvolle Löcher im städtischen Gefüge geworden. Wenn Schulen ihre Materialien nicht mehr bezahlen können, das Stundenmaß von Sekretärinnen gekürzt wird und die Stadtbücherei nicht mehr weiß, wovon sie Bücher beschaffen soll, dann ist etwas schiefgelaufen beim Haushalt 2010. Löcher, wohin man schaut: Das Brandschutzprogramm an den Schulen wurde gestreckt, das Schulsanierungsprogramm zurückgefahren, die Energetische Sanierung städtischer Gebäude von 500.000 € auf gerade mal 50.000 € gekürzt, die Volkshochschule und Stadtarchiv finanziell herausgefordert. Wir hoffen, dass wenigstens der Weggang der Kuratorin der Kunsthalle, Frau Dr. Anett Reckert, nicht zur nächsten Laufmasche wird!

Dafür stricken einige hier im Saal weiterhin an ihren Träumen von Autobahnzubringern, einem unterirdischen Bahnhof und einem Einkaufscenter mit überdimensionierter Verkaufsfläche...

Auf der anderen Seite bleibt zu wenig Geld für notwendige Investitionen - und die Rücklage schmilzt weiter dahin.

Wenn wir nicht gegensteuern, werden wir in den kommenden Jahren eine Hypothek auf das soziale und kulturelle und menschliche Gefüge unserer Stadt aufnehmen. Um wenigstens notwendige Investitionen tätigen zu können führt an der bereits 2009 von unserer Fraktion beantragten Grundsteuer-B-Erhöhung kein Weg vorbei.

Wir unterstützen die Forderung, dass der Bund oder das Land die Maßnahmen, die sie fordern, verursachen und für die sie die Verantwortung tragen, auch mitfinanzieren. Dazu zählen die Ganztagesbetreuung von Unter-Drei-Jährigen und die Schulsozialarbeit. Wenn von den Familien mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gefordert wird, dann muss mit flexibler Betreuung geantwortet werden. Oder wenn dem Bund ein liberalisiertes Waffenrecht wichtiger ist als die Sicherheit der Menschen, soll er auch die Amokpräventionsmaßnahmen an den Schulen bezahlen. Schließlich müssen die Städte und Gemeinden das ausbaden, was oftmals von oben verbockt wird.

Bei der aktuellen Diskussion um den grundsätzlichen Wegfall der Gewerbesteuer als kommunale Einnahmequelle wird uns Angst und Bange. Und ist es wirklich ernst gemeint, dass die Kommunen dafür den Zugriff auf unsere Einkommenssteuer haben sollen? Kleemann- Subventionierung durch unsere Einkommenssteuer? Das kann ja wohl nicht der Ernst sein!

### **Energ(et)isch und innovativ**

Schwer hat sich die Stadtverwaltung damit getan, dem Klimabündnis Europäischer Städte beizutreten. So war dann die Vorlage für den Gemeinderat eher ein

selbstgefälliger Rückblick auf manch eine Maßnahme, die wir Grüne hier energisch durchfechten mussten. Zwar haben sich die Maßnahmen gelohnt, weil die Stadt damit nicht nur weniger Kohlendioxid ausstößt, sondern auch ihre Energiekosten senkt. Aber für die Zukunft sollte die Stadt konzeptionell an diese Sache herangehen. Andere Städte wie Esslingen haben ein Klimakonzept erstellt und wirken wie ein Magnet auf innovative Menschen, von denen doch auch wir nicht genug haben können.

In Ihrer Haushaltsrede geben Sie sich, Herr Till, was das Stromnetz angeht, ziemlich ergebnisoffen. Die Stadt ist mit der Energieversorgung Filstal gut aufgestellt, das Stromnetz zu übernehmen. Würden die Stadtwerke, wie ebenfalls erwogen wird, das Stromnetz übernehmen, müsste ein Stromnetzbetrieb von den Stadtwerken etwa an die EVF nach EU- Kriterien vergeben werden. Warum so umständlich und nicht die Bewerbungen um das Stromnetz abwarten? Woher auf einmal die Hektik? Die Stadt hat die Konzession ausgeschrieben. Wenn sich auf die Bekanntmachung kompetente Unternehmen bewerben, denen wir einen effizienten Stromnetzbetrieb zutrauen, würden wir diesem auch zutrauen die Verhandlungen mit der EnBW zu führen. Also bitte keine voreiligen Schritte! Übrigens ist die Stadt nur der Vergeber von Wegerechten, also Konzessionsrechten, zu Gunsten des Stromnetzinhabers. Sehen sie ein Problem darin, das der EVF zu vergeben?

Von der sinnvollen energetischen Sanierung städtischer Gebäude sind wir immer noch weit entfernt. Dazu kommt allgemein eine teils schlechte Bausubstanz. Teils großflächige Abplatzungen und Risse im Beton des Hohenstaufen- Gymnasiums zum Beispiel würden die reine Betonsanierung ohne energetische Maßnahmen 850.000 € kosten lassen. Verformte nicht mehr dicht schließende Fenster lassen einen weiteren Aufschub der Sanierungsarbeiten - und dazu gehört auch eine energetische Sanierung dazu - nicht mehr zu. Deshalb wollen wir die Stadtverwaltung beauftragen, in 2011 die Beton- und energetische Sanierung vorzubereiten, damit wir 2012 loslegen können.

Deutliche Energieeinsparungen werden erzielt z. B. im Austausch von unregelmäßig zu geregelten Heizkreispumpen, modernen Lüftungsanlagen in Sporthallen mit Heizregelungen in Abhängigkeit zur Hallentemperatur und einer rechnergestützten Energieüberwachung von Gebäuden. Mit rechnergestützten Verbrauchsüberwachungen von Gebäuden kann der Energieverbrauch um rund 10% gesenkt werden, wie das Beispiel anderer Kommunen zeigt. Diese Investitionen würden sich bei einer Verbrauchsreduktion um 5% innerhalb von ca. 2 Jahren amortisieren.

Da sich diese Anträge auf Untersuchungen des Hochbauamts beziehen, bitten wir darum, dieses mit der Stellungnahme durch die Verwaltung zu betrauen.

### **Demografischer Wandel gestalten**

Der demografische Wandel ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Kommunen, da er weitgehend alle Aufgabenfelder der kommunalen Daseinsvorsorge betrifft, wie Bildung, Ausbildung, Arbeiten und Wohnen, Jugend und Familie, Zuwanderung, Gesundheitswesen, Städtebau und städtische Infrastruktur, Personalwirtschaft und Kultur.

Mit „Gut leben und wohnen im Alter- Perspektiven für Göppingen“ haben wir die kommunale Seniorenplanung auf den Weg gebracht. Nun soll es mit der Entwicklung

von Quartierskonzepten für die Stadtteile weitergehen, auch in enger Zusammenarbeit mit dem SSR und dem neu entstandenen Netzwerk Aktionsjahr DEMENZ .

Wir wollen auch wissen, wie unsere Hochbetagten versorgt sind, deshalb sind wir gespannt auf den von uns für das nächste Jahr geforderten Bericht im Gemeinderat der stationären und ambulanten Altenhilfeträger.

### **Bildung für Kinder und Jugendliche**

Allen Rechenkünsten zum Trotz ist die Zahl der Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren in Göppingen nicht wie prognostiziert zurückgegangen, sondern stieg in einzelnen Stadtteilen sogar an. In den Stadtteilen Bezgenriet, Jebenhausen und Hohenstaufen/Hohrein liegt die Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen momentan bei unter 85%! Das heißt, eine Zahl von Kindern muss außerhalb ihrer Stadtbezirke betreut werden. Der Waldkindergarten wird also nicht in Konkurrenz zu vorhandenen Strukturen treten, sondern eher den vorhandenen Bedarf decken und ein aus unserer Sicht sinnvolles, qualitätsvolles Angebot darstellen.

Weil also die Kinderzahlen in den nächsten beiden Jahren relativ konstant bleiben, ist eine Umwandlung von Kindergartenplätzen in U-3-Betreuungsplätze nur bedingt möglich. Für die U-3-Betreuung müssen wir weitere Angebote schaffen. Es ist ein Skandal, wenn es eine Warteschlange von 80 Kindern unter drei Jahren gibt und Neuzugezogene abgewiesen werden müssen! Und das, weil Gemeinderäte, die zeitlebens in Göppingen wohnen, sich nicht vorstellen können, was es heute bedeutet, für die Arbeitswelt mobil und flexibel sein zu müssen: Oma und Opa sind oft weit entfernt, arbeiten selbst und können nicht herangezogen werden. Trotz oder gerade wegen der Neuregelung des Elterngeldes ist das Auskommen mit nur einem Einkommen oft schwierig.

In den Kindergärten und Kitas muss aber auch die frühkindliche Bildung stattfinden, das ist inzwischen anerkannt. Sprachförderung und Leseförderung zeigen erste Erfolge, verlangen aber zusammen mit der Umsetzung des Orientierungsplans mehr und mehr von den Erzieherinnen. Nicht immer fallen Vorschläge von jüngeren Erzieherinnen auf fruchtbaren Boden. Schlechte Beförderungsmöglichkeiten und mangelnde Zulagemöglichkeiten für Nichtführungskräfte demotivieren auf Dauer. Die Anerkennung der gesellschaftlich so wertvollen Arbeit der Erzieherinnen muss sich endlich auch in adäquater Vergütung und in angemessenen Arbeitsbedingungen ausdrücken!

### **Göppingen - Ort der Vielfalt**

Dass in Sachen Integration zwar schon einiges passiert ist, aber noch viel zu tun ist, hat sogar Frau Merkel erkannt. Hier ist auch die Stadt Göppingen in der Pflicht, weiter niederschwellige Angebote zu machen, oder bestehende Räume wie das Haus der Jugend zu erhalten und zu einem Jugendkulturhaus auszubauen, wie wir schon 2010 beantragt haben.

Eine bessere Einbeziehung der Integrationsbeauftragten Dragica Horvat in die Stadtpolitik wäre sicherlich kein Fehler - konstruktiver jedenfalls als das vorausgegangene unwürdige Spektakel um die Anhebung ihres Stellendeputats auf die bescheidenen 75 %. Nun hat sie einen guten Integrationsplan vorgelegt, der für die Schubladen der Stadtverwaltung viel zu schade ist. Wir anerkennen ihre Arbeit

und bedanken uns dafür. Wir freuen uns, dass sie ab Januar 2011 der Stadt wieder voll zur Verfügung steht, nachdem sie ihrer Kompetenz wegen einem befristeten Ruf nach Berlin gefolgt ist.

Durch die Integration von MigrantInnen gestalten wir nicht nur deren Zukunft positiv, sondern auch unsere eigene Zukunft. Viele Projekte im Rahmen der Aktion „Göppingen - Ort der Vielfalt“ wie Nachhilfeprogramme von und für Jugendliche, um nur ein Beispiel herauszugreifen, zeigen doch, dass es auch anders gehen kann. Für die Kreativität, Herr Lämmle, mit der sie unseren Antrag auf Fortführung des Programms umsetzen, danken wir Ihnen! Wir in Göppingen brauchen jedenfalls keinen Sarrazin!

### **Kunst im Raum**

Toleranz gegenüber Andersartigem ist eine wichtige Voraussetzung für Kreativität und Aufgeschlossenheit. Kunst im öffentlichen Raum gehört dazu und ist eine Bereicherung für unsere Stadt. Sie leitet unseren Blick aus der augenblicklichen Situation hin zum möglicherweise wesentlicheren und nicht ausschließlich von wirtschaftlichen Zwängen geleiteten Denken. Sie lädt ein zum Verweilen und zur Auseinandersetzung. Denken wir an unsere Zebonike auf dem Spitalplatz, das Relief vor der Spardabank oder die Installation am Technischen Rathaus. Nicht umsonst ist Kunst oftmals umstritten. Die Forderung nach Schließung der Kunsthalle und die von der Verwaltungsspitze in den Raum gestellte Nichtwiederbesetzung der Stelle der Kuratorin widerspricht dem vorliegenden Haushalt mit der dafür bereitgehaltenen Stelle. Eine Reduzierung unserer Kunsthalle auf eine reine Ausstellungshalle ohne Kunstpädagogik, sprich Kunstvermittlung, wollen wir nicht. Schlimm genug, dass wir uns die Sammlung Bönsch vergeigt haben und dass ohne Widerspruch von Ihnen, Herr Till, die Kunsthallenschließung vorgeschlagen werden konnte. Wir Grüne legen Wert auf die dauerhafte Wiederbesetzung dieser Stelle.

### **Quartiersentwicklung in der Innenstadt**

Mehr Bewusstsein für Kunst im öffentlichen Raum würde auch nicht schaden bei der Innenstadtentwicklung hier sind wir mit Kunsthallenleiter Mayer einer Meinung. Der auf unseren Haushaltsantrag hin beschrittene Weg zu einem Stadtentwicklungskonzept muss in konkrete Maßnahmen münden – und das nicht erst im Jahr 2030. Eine Stadtbildsatzung, Regeln zu einer dezenteren Platzierung von Werbung im öffentlichen Raum, Beleuchtungskonzepte, Fassaden- und Schaufenstergestaltung sind zeitlos-aktuelle Anliegen. Wir müssen heute damit beginnen, die Stadt zu gestalten, in der wir 2030 leben wollen!

Wir wollen eine organische Stadtentwicklung, orientiert an den tatsächlichen Bedürfnissen der GöppingerInnen, und keine von Investoren getriebene Planung. Wir brauchen nicht den großen Wurf. Unser großer Wurf ist die bestehende Innenstadt mit reichlich Entwicklungspotential an vielen verschiedenen Stellen. Bereits Ende April haben wir Grüne gemeinsam mit anderen beantragt, für die Entwicklung unserer Innenstadtquartiere einen Kriterienkatalog aufzustellen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass dies der richtige Weg ist. Denn auch hier gilt: Die Maßstäbe darf nicht der setzen, der die meisten Grundstücke besitzt, der am meisten investiert oder die größten Verkaufsflächen schafft. Die Qualität der Entwicklung muss Maßstab und

Credo der Entscheidungsträger sein. Jedenfalls sollten wir unseren Einzelhändlern noch genügend Luft zum Atmen lassen.

Denn große Flächen stehen in Göppingen zur Genüge zur Verfügung wie z. B. auf dem ehemaligen Industriegelände Holz-Weber, das leerstehende Möbel-Braun-Gebäude, 18.000 Quadratmeter genehmigte Flächen in der Bleichstraße, Entwicklungspotential am Bahnhof. Diese Flächen scheinen wohl alle zu warten auf den Kuss des Prinzen, um vom Dornröschenschlaf erweckt zu werden. Ob daraus dann aber blühende Einkaufslandschaften entstehen, ist fraglich. Viel kreativer ist die Entwicklung und Nutzung leerer oder mindergenutzter Flächen. Hierzu haben wir Grüne in den letzten Jahren erfolgreich ein Baulückenkataster u. a. gefordert. Eine Innenstadtentwicklung ist möglich, auch ohne gleich die Abrissbirne zu schwingen, wie sie dem Hotel Apostel droht. Herr Klotz hatte da vollkommen recht - nur hören wollten es viele nicht!

Es gilt die Lebendigkeit der Stadt zu erhalten. Urbane Stadtquartiere mit städtebaulicher Vielfalt und Atmosphäre setzen unabdingbar eine Nutzungsmischung voraus. Keine überdimensionierten Monostrukturen sondern eine sorgfältig komponierte Mischung aus Wohnen, Dienstleistung, Einzelhandel und Gastronomie in zeitgemäßer und den positiven Strukturen angepasster Architektur. So können unserer Meinung nach hochwertige städtische Quartiere entwickelt werden. Ein gelungenes Beispiel liegt vor unserer Tür: die Neue Mitte..

Mit unseren Anträgen zur Förderung von Hof- und Fassadengestaltung sowie Hinweisschildern in der Innenstadt wollen wir die Einzelhändler in der Innenstadt stärken. Durch ihre Maßnahmen und Initiativen prägen sie auch das Bild der Innenstadt.

### **Wirtschaftsförderung**

Eine Anfrage an die Wirtschaftsförderung ergab einen weiteren Flächenbedarf für Existenzgründer im Stauferpark. Deshalb regen wir einen Prüf- und Planauftrag für ein zweites Existenzgründerzentrum an.

### **Verkehr(t)**

Für die kommenden Jahre wird mit einer erheblichen Zunahme des Straßenverkehrs gerechnet. Dieses Verkehrswachstum ist nicht zwangsläufig, sondern Folge bestimmter Rahmenbedingungen wie die Erschließung von immer größeren Einzelhandelsflächen wie Weberareal, Einkaufszentrum und der Besiedelung von Außenbereichen, die sehr schlecht an das örtliche Versorgungs- und Nahverkehrssystem angeschlossen sind wie z. B. Stauferpark, Am Berg Faurndau und der zunehmende Abzug von öffentlichen Versorgungsleistungen aus dem ländlichen Umland in die Stadt (Geburtsstation Geislingen, Funktionsentzug der Bezirksämter, Schließung wohnortnaher Schulen...

Jedes dieser Beispiele führt zu mehr Straßenverkehr und mehr Belastung für Mensch und Natur. Sie zeigen, dass Verkehrsprobleme nicht gegeben, sondern Folge planerischer und politischer Fehlentscheidungen sind.

Bei der Umgehungsstraße in Jebenhausen wird der Verkehr aus der Ortsmitte an den bisher unbelasteten Ortsrand verlagert. Ein zusammenhängendes Naherholungsgebiet wird brachial zerschnitten, dabei ist die Entlastung des Ortes nur

scheinbar, denn der schnelle Autobahnzubringer wird mehr Verkehr anziehen und die Summe der Belastungen aus Ortsumfahrung und Ortsdurchfahrt wird mehr sein als zum Status Quo. Die Göppinger Infrastruktur wird aufgewertet aber auf Kosten der Jenehäuser Bürgerinnen und Bürger und ihrer Landschaft.

### **Balance halten**

"Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt", dieser alte grüne Leitsatz ist für uns immer noch gültig. Das ist Verpflichtung zum Sparen und Investieren. Die nachfolgenden Generationen sollen ausreichend Spielräume behalten, dafür müssen die öffentlichen Haushalte intakt sein. Dieser Anspruch verlangt eine Balance der Kommunal финанzen, damit wir unabhängig von konjunkturellen Schwankungen die finanzielle Grundlage unserer Stadt sichern können. Auch für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für eine Gesellschaft im Gleichgewicht stehen wir in der Verantwortung. Deshalb sind Investitionen in die Lebensqualität, d. h. Klimaschutz, Bildung, soziale Teilhabe, notwendige Investitionen in die Zukunft.